

Einflüsse der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die Unternehmensbesteuerung in Deutschland – eine betriebswirtschaftliche und steuerliche Analyse

Das Zinsniveau ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und hat sich mittlerweile nahe null etabliert. Dies wirkt sich auch auf die Unternehmensbesteuerung aus, wobei die Einflüsse in drei Bereiche aufzuteilen sind: direkte Zinswirkungen, Auswirkungen auf internationale Gewinnverschiebungspraktiken und die Konsequenzen für die Bilanzierung insbesondere von Pensionsrückstellungen. Diese werden im Folgenden aus steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht analysiert.

Vor der Analyse sollen zunächst die Ursache, die Bedeutung und die allgemeinen Folgen des Niedrigzinses beleuchtet werden. Als Indikator der Niedrigzinsphase wird oft der Leitzins der Europäischen Zentralbank herangezogen, zu dem diese ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Geschäftsbanken durchf hrt. Dieser sank seit der Finanzkrise 2008 kontinuierlich und stagniert seit 2014 bei 0 %. Die Ursachen dafür werden kontrovers diskutiert: einerseits könnte ein durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufener „Rating Shift“ bzw. ein „Sovereign Ceiling“ dazu geführt haben, dass sich das Marktgleichgewicht verschoben hat, wodurch höhere Preise und geringere Zinsen bei sicheren Geldanlagen entstanden sind. Dies könnte durch die expansive Geldpolitik der EZBverst rkt worden sein. Andererseits könnte die säkulare Stagnation und ein damit einhergehendes ausbleibendes Wirtschaftswachstum dafür gesorgt haben, dass sich der natürliche Zins null angenähert hat. Als Folgen des Niedrigzinses sind insbesondere die zurückgehenden Sparzinsen der Privathaushalte und die gesunkenen Kreditzinsen der öffentlichen Hand zu nennen. Die geringen Schuldzinsen könnten jedoch langfristig ein Risiko für Staaten darstellen, da Kredite aktuell geringe Kosten verursachen und somit die Verschuldung unterschätzt werden könnte. Insbesondere bei einem möglichen Zinsanstieg könnte dies Folgen haben.

Im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung fallen zunächst die direkten Auswirkungen des Niedrigzinses auf. Die in § 4h EStG geregelte Zinsschranke, die die Attraktivität des Eigen- gegenüber dem Fremdkapital limitieren und das inländische Steuersubstrat sichern soll, verliert an Bedeutung. Die Grenze der abzugsbaren Zinsaufwendungen von 30 % des EBITDA wird selbst bei einer hohen Fremdkapitalquote nicht erreicht, wodurch die Norm im Niedrigzinsumfeld ineffektiv wird und ihre Ziele nicht mehr erfüllen kann.

Eine nachlassende Wirkung ist ebenfalls bei der degressiven Abschreibung bzw. der Sonderabschreibung nach § 7g EStG zu erkennen. Die eigentlich als Investitionsanreiz eingeführten Regelungen führen aufgrund von ausbleibenden Zeiteffekten zu nahezu identischen Kapitalwerten wie die „gewöhnliche“ lineare Abschreibung. Der Zeitpunkt der Abschreibung verliert somit an Bedeutung. Insofern sind die Vorteile einer degressiven Abschreibung und der Sonderabschreibung auf die Liquidit tseffekte begrenzt. Trotz des gesunkenen Investitionsanreizes können diese gerade in Krisenzeiten einen wichtigen auch psychologischen Effekt haben, da früher mehr Steuern gespart werden.

Auch im Rahmen von Finanzierungsentscheidungen wirkt sich der Niedrigzins aus. Die steuerliche Ungleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital, die durch die Abziehbarkeit von Fremdkapitalzinsen entsteht und gerade in Hochsteuerl ndern für Unternehmen von großem Vorteil ist, wird nahezu neutralisiert, da nur noch geringe Zinsen anfallen. Somit sinkt das „Tax Shield“ und das Irrelevanztheorem von Modigliani und Miller wird Realität. Ähnlich wie bei der Staatsverschuldung könnten auch in diesem Zusammenhang Unternehmen dazu tendieren aufgrund günstiger Kredite ihre Fremdkapitalquote zu erhöhen. Dadurch steigt insbesondere bei einem Zinsanstieg oder ausbleibenden Umsätzen das Insolvenzrisiko.

Die oben genannten Aspekte sind Teil der betriebswirtschaftlichen Steuerplanung, deren Bedeutung aufgrund von ausbleibenden Zinseffekten an Bedeutung verlieren könnte. Gleichzeitig bleiben unter anderem die angesprochenen Liquidit tseffekte bestehen, weshalb die Steuerplanung nicht als nutzlos abgetan, sondern eher der Fokus auf andere Aspekte wie die Liquidität gelenkt werden sollte.

Neben den Auswirkungen auf die nationale Unternehmensbesteuerung, spielt der Niedrigzins auch im internationalen Umfeld eine entscheidende Rolle. Unternehmen nutzen für Gewinnverschiebungen häufig den Fremdfinanzierungskanal, bei dem mithilfe einer innerkonzernlichen Fremdfinanzierung Gewinne in das Niedrigsteuerland einer Tochtergesellschaft verschoben werden. Dies ist bei einem Niedrigzins kaum noch möglich, da die Darlehensbeträge, um einen nennenswerten Gewinn zu verschieben, sehr hoch sind. Dadurch könnte angenommen werden, dass Gewinne öfter als in der Vergangenheit im Entstehungsland besteuert werden und folglich auch die Steuerbelastung zunehmen könnte. Doch die „Austrocknung“ dieses Kanals führt zu einer vermehrten Verwendung des substitutiv genutzten Verrechnungspreiskanal, bei dem Unternehmen mithilfe von schwer zu bewertenden, oftmals immateriellen Vermögensgegenständen Gewinne verschieben. Dies ist jedoch nicht für alle Unternehmen möglich, da es auch Unternehmen mit eindeutig feststellbaren Verrechnungspreisen gibt. Insofern könnten Gewinne durch den Niedrigzins letztendlich doch immobil und die Platzierung von mobilen/immateriellen Vermögensgegenständen wie Patenten weiter an Bedeutung gewinnen. Außerdem könnte dies zu einer vermehrten Abwanderung aus Hochsteuerl ndern führen, den Druck im internationalen Steuerwettbewerb erhöhen und das „Race to the bottom“ beschleunigen.

Zuletzt wirken sich die niedrigen Zinsen insbesondere auf die Passivseite der Unternehmensbilanzen aus. In der Steuerbilanz werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem starren Zinssatz von 5,5 % und Pensionsrückstellungen seit 1982 sogar mit 6 % diskontiert. In der Handelsbilanz werden diese hingegen mit dem sieben- bzw. zehnjährigen Durchschnittzinssatz einer Null-Kupon-Euro-Zinsswapkurve abgezinst, der sich zeitversetzt kontinuierlich null annähert. Sowohl handels- als auch steuerrechtlich entstehen stille Lasten, da durch den zu hohen Zins Rückstellungen zu niedrig angesetzt werden und der zu geringe Aufwand zu einem überschätzten Gewinn führt. Aufgrund der Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Besteuerung erfolgt eine Überbesteuerung des handelsrechtlichen Gewinns, wobei dies durch aktive latente Steuern in der Handelsbilanz wieder ausgeglichen wird. Da dieser Betrag jedoch ausschuttungsgesperrt ist, führt dies zu einer verringerten Liquidität und somit womöglich auch zu verringerten Dividenden und einem geminderten Investitionsspielraum. Des Weiteren wird die Bereitstellung von Planvermögen deutlich erschwert, da das eigentlich vorherrschende vorsichtige Investitionsverhalten beim Planvermögen nicht mehr ausreichend ist, um einen angemessen hohen Deckungsgrad zu gewährleisten. In der Folge werden Unternehmen mehr und mehr dazu gedrängt riskantere Investitionen zu tätigen oder einen geringeren Deckungsgrad zu akzeptieren, wodurch das Überschuldungsrisiko steigt. Außerdem belasten die erhöhten Rückstellungen auch die Eigenkapitalquote und das EBIT, da den höheren R ckstellungszuf hrungen ceteris paribus konstante Erträge gegenüberstehen. Dadurch könnten sich Kreditkonditionen bei Fremdkapitalgebern verschlechtern und unternehmerisches Wachstum gehemmt werden.

Neben den Folgen des Niedrigzinses stellt sich die Frage der Verfassungswidrigkeit des steuerlichen Diskontierungssatzes von 5,5 % bzw. 6 %. Einerseits wird mit dem gesetzgeberischen Gestaltungsspielraum und der These, dass steuerliche Rückstellungen eigentlich dem Leistungsfähigkeitsprinzip widersprechen, die Verfassungskonformität begründet. Andererseits wird die Verfassungswidrigkeit mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1984 und einer Anpassungspflicht an wirtschaftliche Gegebenheiten belegt und dem Bund eine Untätigkeit aus fiskalischen Gründen vorgeworfen. Ein abschließendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist aber weiterhin anhängig.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass durch den Niedrigzins Anpassungen notwendig sind. Der Gesetzgeber sollte neue Investitionsanreize setzen, die unabhängig von Zeiteffekten sind. Außerdem sind eine Änderung der Zinsschrankenregelung und strengere Maßnahmen zur Verhinderung internationaler Gewinnverschiebungen geboten. Eine gemeinsame konsolidierte K rperschaftsteuerbemessungsgrundlage würde die ideale Lösung darstellen. Zuletzt könnte das Problem des steuerlichen Rechnungszinses mithilfe eines flexiblen Zinses mit fiskalischem Sicherheitsabstand, der sich zunächst relativ an den handelsrechtlichen Zins koppelt und im Zeitablauf absolut annähert, gelöst werden.